



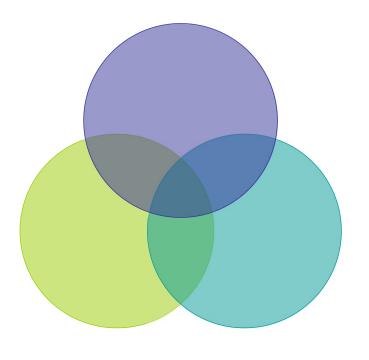
Jahrestagung 2025

Tätigkeiten und Aufgaben der behördlichen Bezirkseinsatzleitung



Integriertes Katastrophenschutzmanagement

Behörden Bund, Länder, Bezirke, Gemeinden



Einsatzorganisationen FF, Rettungsdienst, ÖBH etc.

Privater Bereich Bürger, Infrastrukturbetreiber



Gesetzgebung im Katastrophenschutz

• Kompetenz der <u>Bundesländer</u>

 Innenministerium hat koordinierende Funktion bei internationalen und bundesländerübergreifenden Ereignissen



Grundlage des behördlichen Handelns im Katastrophenfall:

NÖ Katastrophenhilfegesetz 2016



Was ist eine Katastrophe?

- Ereignis, bei dem Leben oder Gesundheit einer Vielzahl von Menschen, die Umwelt oder bedeutende Sachwerte in außergewöhnlichem Ausmaß unmittelbar gefährdet oder geschädigt werden und
- die Abwehr oder Bekämpfung der Gefahr oder des Schadens einen durch eine Behörde koordinierten Einsatz der dafür notwendigen Kräfte und Mittel erfordert.



Begriffe

- Katastrophenschutz / -prävention:
 - = Abwehr / Verhinderung einer möglichen Katastrophe
- Katastrophenhilfe:
 - Bekämpfung unmittelbar bevorstehender oder bereits eingetretener Auswirkungen



Behördliche Einsatzleitung

<u>Bezirksverwaltungsbehörde</u>

Einsatzleiter: **Bezirkshauptmann/-frau** (in Städten mit eigenem Statut: Bürgermeister/in)

Ausnahmen:

- Mehrere Bezirke betroffen oder besonderes Ausmaß der Katastrophe: Einsatzleitung bei der Landesregierung
- Erforderliche Sofortmaßnahmen: Anordnung durch Bürgermeister/in



Aufgaben des Einsatzleiters

- Feststellung des Vorliegens der Katastrophe
- Warnung und Alarmierung der Bevölkerung
- Anordnung des Einsatzes der Hilfskräfte
- Koordinierung aller Einsatzmaßnahmen



Katastrophenhilfe

- Katastrophenhilfsdienst der Freiwilligen Feuerwehren
- Sonstige **Hilfsdienste**: Rettungsdienste, Zivilschutzverband etc.
- Einrichtungen und Personal des Landes NÖ und der Gemeinden
- Bundesheer im Fall der Assistenzleistung
- Bundespolizei (da BH auch Sicherheitsbehörde ist)



Pflichten der Bevölkerung

 Pflicht zur Hilfeleistung trifft alle Personen soweit zumutbar

Benötigte Sachen sind bereitzustellen

 Duldung des Betretens/Benützens von Grundstücken und Gebäuden



Aufbau des Stabes

Einsatzleiter

<u>Führungsgruppe</u>

Leiter der Stabsarbeit

- S1 Personal
- S2 Lage
- S3 Einsatz
- S4 Versorgung
- S5 Öffentlichkeitsarbeit
- S6 Kommunikation
- S7 Sanitätsdienst / psychosoziale Betreuung

<u>Fachgruppe</u>

- Feuerwehr
- Rettung
- Exekutive Verbindungsoffiziere
- Bundesheer

Bei Bedarf:

Sachverständige

- Infrastrukturbetreiber (z.B. Energieversorger, Bahnbetreiber)
- Zivilschutzverband
- etc...

Stabshilfspersonal



Phasen der Stabsarbeit

Phase I - Kernteam (grün)
 Einsatzleiter + Sachbearbeiter
 Katastrophenschutz

- Phase II "Rumpfstab" (gelb)
 Einsatzleiter, Leiter der Stabsarbeit,
 S3/S2, S4/S1, S5, S6
- Phase III Kompletter Stab (rot)
 - + Einberufung der Verbindungsoffiziere



Katastrophenhilfegesetz 2016 ist nur anwendbar, soweit keine andere gesetzliche Regelung gilt.

Eigene Regelungen enthalten etwa:

Wasserrechtsgesetz, Strahlenschutzgesetz,, Straßenverkehrsordnung, Sicherheitspolizeigesetz etc.



Stab beim Hochwasser

- Koordination der Einsatzkräfte
- Anordnungen (Beispiele PL)
 - Anordnung Dammsanierung an der Perschling
 - Anordnung der umgehenden Wiederherstellung des linken Begleitdammes der Pielach b. Rabenstein
 - Anordnung Wiederherstellung der Wolfswinkelwehr
 - Anordnung Wiederherstellung des Dammes im Bereich der Wasenmühle
- Einsatzkosten (Vorprüfung)



Sachverständige

§ 46 AVG

Als Beweismittel kommt alles in Betracht, was zur Feststellung des maßgebenden Sachverhaltes geeignet und nach Lage des einzelnen Falles zweckdienlich ist.



Gutachten = Beweismittel

Sachverständige iSd § 52 AVG sind Personen mit besonderer Fachkunde, die auf Grund einer Bestellung durch die Behörde in einem Verfahren bei der Feststellung des maßgeblichen Sachverhalts dadurch mitwirken, dass sie Tatsachen erheben (Befund) und/oder aus diesen Tatsachen Schlussfolgerungen (Gutachten) ziehen. Hengstschläger/Leeb, AVG § 52 Rz 1 (Stand 1.7.2005, rdb.at)



Kooperation

- Abstimmung zwischen Behörde und Sachverständigen
 - Terminen
 - Workflow
 - Beweisthema



Wann liegt sie vor?

wenn eine **unmittelbare** Gefahr für die Sicherheit, Gesundheit oder das öffentliche Interesse besteht **und** eine sofortige Maßnahme zur Abwehr dieser Gefahr **erforderlich** ist.

z.B. bei einsturzgefährdeten Bauteilen, Brandgefahr, Gewässerverunreinigung



 Konsequenzen ergeben sich aus dem Materiengesetz

- zB § 36 NÖ Baúordnung

Sofortmaßnahmen

- (1) Bei **Gefahr im Verzug** hat die Baubehörde die unbedingt notwendigen **Sicherungsmaßnahmen** auch ohne Anhörung auf Gefahr und Kosten des Eigentümers eines Bauwerks anzuordnen.
- (2) Bei Gefahr im Verzug hat jeder gewerberechtlich Befugte über **Auftrag der Baubehörde** gegen angemessene Vergütung und volle Schadloshaltung Baugebrechen unverzüglich zu beheben oder Sicherungsmaßnahmen vorzunehmen. Die Kosten sind binnen 2 Wochen nach Abschluss der Arbeiten von der Gemeinde zu vergüten.



- zB § 31 Abs. 3 WRG

Wenn die zur Vermeidung einer Gewässerverunreinigung erforderlichen Maßnahmen nicht oder nicht rechtzeitig getroffen werden, so hat die Wasserrechtsbehörde, soweit nicht der unmittelbare Werksbereich eines Bergbaues betroffen wird, die entsprechenden Maßnahmen dem Verpflichteten aufzutragen oder bei Gefahr im Verzuge unmittelbar anzuordnen und gegen Ersatz der Kosten durch den Verpflichteten nötigenfalls unverzüglich durchführen zu lassen.



- § 13 Abs. 6 NÖ KGH

Die gemäß § 3 zur Katastrophenhilfe Verpflichteten haben die zur Abwehr einer unmittelbaren Gefahr erforderlichen unaufschiebbaren Maßnahmen selbstständig zu treffen, insoweit Maßnahmen der zuständigen Behörden nicht oder nicht rechtzeitig angeordnet werden.



Die Feststellung, ob Gefahr in Verzug vorliegt, hängt wesentlich von Ihren Sachverständigen (wissenschaftlich/technische) Feststellungen ab.



Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Danke für Ihre Arbeit!!!